

Fünf Jahre Soziale Stadt in Hessen- Erkenntnisse und Handlungs- konsequenzen

HEGISS Materialien

Servicestelle 5



HessenAgentur

HA Hessen Agentur GmbH



LAG

**Fünf Jahre
Soziale Stadt in
Hessen-
Erkenntnisse und
Handlungs-
konsequenzen**

HEGISS Materialien

Servicestelle 5

Servicestelle HEGISS
Frankfurt am Main. September 2005

Eine Veröffentlichung der
Servicestelle HEGISS
Postfach 170228
60076 Frankfurt am Main
Schumannstraße 4-6
60325 Frankfurt am Main
Telefon 069/133850-66, Fax –69
E-Mail HEGISS@hessen-agentur.de
Internet <http://www.hegiss.de>

Nachdruck, - auch auszugsweise - ist nur mit
Quellenangabe gestattet.
Belegexemplar erbeten.

I n h a l t

- 1 Vorwort**
- 2 Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt
Fünf Jahre Soziale Stadt – Erkenntnisse und Handlungskonsequenzen**
- 3 Anlage**
 - Programm
 - Pressemeldung

HEGISS-Materialien

Soziale Stadt in Hessen

Servicestelle

Servicestelle HEGISS



Hessische Gemeinschafts-
initiative Soziale Stadt

hessen » Hier ist die Zukunft

Vorbemerkung

Vorbemerkung

Am 1.07.2005 fand im Landeshaus unter Anwesenheit zahlreicher Städte und Gemeinden, Planungsbüros, Projektträger und sozialer Träger eine landesweite Veranstaltung mit dem Titel „Soziale Stadt in Hessen – Fünf Jahre Programm und wie geht es weiter?“ statt.

Die Veranstaltung hatte zum Ziel, die Schlussfolgerungen für die Weiterarbeit in der folgenden Programmphase, die mittlerweile aus der Zwischenbilanz - die im Vorjahr abgeschlossen worden war - gezogen worden sind, der breiteren politischen Öffentlichkeit, insbesondere den verantwortlichen Kommunalpolitikern im Land zu präsentieren.

Die Arbeitsebene des HEGISS-Netzwerks, d.h. die Akteure auf der lokalen Ebene, die Servicestelle HEGISS, das zuständige Fachministerium sowie die HEGISS-Begleitforschung hatten sich im Vorlauf zu dieser Veranstaltung in einem längeren Prozess mit den Erkenntnissen aus der Zwischenbilanz 2004 beschäftigt:

- am 25. November 2004 wurden auf dem Netzwerktreffen Kernempfehlungen für die Weiterarbeit der Arbeitsebene präsentiert (siehe HEGISS-Materialien, Servicestelle 4, S.4ff.). Hier wurde auch festgelegt, dass auf der Basis dieser Empfehlungen die Formulierung von Handlungskonsequenzen erfolgen sollte (ebda., S. 1f.), die als allgemeine Richtschnur für die weitere inhaltliche und organisatorische Ausrichtung der Arbeit an der Sozialen Stadt in Hessen fungieren sollen.
- am 14. April 2005 wurde auf dem 11. HEGISS-Arbeitstreffen eine neue integrierte Arbeitsweise in Projektgruppen festgelegt, vorerst für das Jahr 2006.

Aus diesem Vorlauf resultiert das hier vorgelegte Positionspapier des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

„Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt / Fünf Jahre Soziale Stadt – Erkenntnisse und Handlungskonsequenzen“.

Es richtet sich an die eigene Adresse, an die Adresse der Förderstandorte sowie die Servicestelle HEGISS und stellt den Orientierungsrahmen für die nächste Programmphase dar.

Die wesentlichen Inhalte der „Erkenntnisse und Handlungskonsequenzen“ wurden auf der Landesveranstaltung am 1.7.2005 in dem zentralen Redebeitrag von Staatssekretär Abeln aufgeführt.

Weitere Beiträge zu Einschätzungen der bisherigen Arbeit und mit Einschätzungen für die Weiterarbeit kamen auf der Veranstaltung von den politischen Spitzen mehrerer geförderter Kommunen, der Wohnungswirtschaft, einem Sozialen Träger, einer Bürgervertreterin (Programm siehe im Anhang).

Deren Beiträge werden an dieser Stelle bewusst nicht dokumentiert, um den Fokus auf den zentralen Landesbeitrag beizubehalten (einige der Beiträge siehe unter www.hegiss.de und dort unter dem Menüpunkt „Spezial“ zu finden).

Die Arbeitsschwerpunkte liegen nunmehr fest, mit denen das Land die Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS) als die bedeutendste sozialraumorientierte Förderstrategie im Bereich der Stadtentwicklung in den nächsten Jahren fortführen und verstetigen will.

Die Servicestelle HEGISS wird im Auftrag des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung die Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt weiterhin begleiten und beraten sowie die Akteure im Netzwerk in ihrer Arbeit unterstützen.

Soziale Stadt in Hessen

Servicestelle

Servicestelle HEGISS



Hessische Gemeinschafts-
initiative Soziale Stadt

hessen » Hier ist die Zukunft

**Fünf Jahre
Soziale Stadt -
Erkenntnisse und
Handlungs-
konsequenzen**

Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt Fünf Jahre Soziale Stadt – Erkenntnisse und Handlungskonsequenzen

Die Initiative

Mit der **Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt** hatte die Bauministerkonferenz im November 1996 ein nationales Aktionsprogramm ins Leben gerufen, das eine nachhaltige Entwicklung in Stadtteilen mit besonderen sozialen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Problemen sicherstellen sollte. Diese Initiative war der Anlass, die Städtebauförderung um das eigenständige neue Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ zu ergänzen. Seit 1999 wird dieses Programm in allen 16 Bundesländern umgesetzt.

Die **Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS) startete 1999** mit 17 Erneuerungsmaßnahmen, inzwischen umfasst sie 32 Stadtteile. Im Jahr 2000 wurden die Leitlinien zur Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt herausgegeben.

Zweck der Gemeinschaftsinitiative (GI)

Die **GI** verfolgt einen integrierten Ansatz, der Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf durch die Bündelung verschiedener Maßnahmenbereiche dazu verhelfen will, sich wieder zu selbständigen, lebensfähigen Stadtteilen mit positiver Zukunftsperspektive zu entwickeln. Im Sinne einer nachhaltigen Stadterneuerung erfolgt eine enge Verknüpfung sozialer, kultureller, ökonomischer und ökologischer Handlungsfelder.

Die Stabilisierung der Stadtteile soll durch gezielte Förderung von außen sowie durch Kooperation der Gemeinden mit den örtlichen Akteuren erreicht werden .

Träger der Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS) sind neben dem Land insbesondere die Kommunen, die örtliche Wirtschaft, die Wohnungswirtschaft, die sozialen Träger, die Träger von Beschäftigungsmaßnahmen sowie die Bevölkerung im Stadtteil.

Neben dem Aufbau gezielter Unterstützungsstrukturen auf Landes- und insbesondere auf Stadtteilebene bedarf es der Aktivierung der örtlichen Akteure zur Übernahme von Verantwortung für Planung und Durchführung von Vorhaben.

Dies entspricht dem Leitbild des aktivierenden Staates, der in der aktiven Bürgergesellschaft seinen wichtigen Partner findet.

Das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“

Das **Programm Soziale Stadt**, das als Städtebauförderungsprogramm in Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung gesteuert wird, übernimmt dabei die Funktion eines Leitprogramms für die Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt sowie die Funktion des Investitionsprogramms für den Bereich Städtebau/Stadterneuerung.

Als **Leitprogramm** dient es der Gesamtkoordination aller Maßnahmen und Akteure der **GI**. Es übernimmt die Steuerungsfunktion für den Aufbau der erforderlichen Organisations- und Vernetzungsstrukturen sowie die Einbindung anderer Handlungsfelder und Programme. Dabei sind auch sog. investitionsvorbereitende und –begleitende Aufwendungen förderungsfähig, die Voraussetzung für die Vorbereitung und Durchführung der Gesamtmaßnahme sind

Als **Investitionsprogramm** erfüllt das Programm Soziale Stadt wesentliche städtebauliche Aufgaben der Stadtteilentwicklung, insbesondere die Beseitigung funktionaler und baulicher Missstände und Mängel, insbesondere im Bereich des Wohnumfeldes, der Gebäude sowie bei Infrastruktur- und Ordnungsmaßnahmen.

Als organisatorischer Rahmen und zur Lenkung integrierter Stadtteilentwicklungsprojekte werden in den Hessischen Leitlinien verschiedene Modelle der Kooperation und Steuerung aufgezeigt. Hierzu gehören die verwaltungsinternen Arbeitsstrukturen ebenso wie die häufig an professionelle Anbieter (Planung, Sozial- oder Gemeinwesenarbeit) vergebenen Leistungen des Stadtteil- und Quartiersmanagements.

Um den Kommunen die Mittelbündelungen zu erleichtern, wurde als Ansprechpartner auf Landesebene die **Servicestelle HEGISS** - eine Kooperation der Hessen-Agentur, der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte e.V. und des Instituts Wohnen und Umwelt GmbH - eingerichtet.

Entsprechend der thematischen Bedarfe der Standorte werden darüber hinaus von der Servicestelle Fortbildungsveranstaltungen und Erfahrungsaustausche angeboten. Für den Erfolg des Gesamtprogramms kommt der standortübergreifenden Koordinationstätigkeit besondere Bedeutung zu. Daher hat sich das Land bereit erklärt, den Großteil der Kosten für die Servicestelle zu übernehmen; die Kommunen tragen mit einem Beitrag ebenfalls zur Finanzierung bei.

Allgemeine Einschätzung des Erfolgs der Gemeinschaftsinitiative

Die **GI** will Anstöße für die Entwicklung neuer Ansätze und neuer Formen der Stadtpolitik geben, und dieses Ziel hat sie zweifellos erreicht. Die hessischen Städte setzen die **GI** bereits erfolgreich um.

Die **GI** hat hohe Aufmerksamkeit und Akzeptanz in der Fachöffentlichkeit und parteiübergreifend in der Politik gefunden.

In der allgemeinen Öffentlichkeit werden Fragen der Sozialen Stadt insbesondere im Zusammenhang mit der Diskussion über „Armutgebiete“ und „Ausländerviertel“ behandelt, weil sich offenbar anhand dieser Gebiete die gesellschaftlichen Entwicklungsprobleme veranschaulichen lassen.

Die Neuerungen hinsichtlich einer integrativen Stadtteilentwicklungspolitik, die Engagement, Mitarbeit und eigenständige Initiativen vielfältiger Akteure auf lokaler Ebene einfordert, müssen sich nach und nach etablieren.

Die öffentliche Thematisierung der Entwicklung von Stadtteilen und die Propagierung der Strategie der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt sollen daher weiterverfolgt werden.

Die Mittelbündelung im städtebaulichen Bereich lässt sich relativ problemlos bewältigen. Dagegen ist die Kombination von Förderprogrammen aus verschiedenen Handlungsfeldern auf Projektebene jedoch sehr aufwändig und bindet auf der kommunalen Ebene und im Stadtteil- und Quartiersmanagement erhebliche Ressourcen.

Erkenntnisse aus der Zwischenbilanz 2004/2005

Da ein Förderzeitraum von 5 Jahren erste Erkenntnisse zur Programmbewertung zulässt, hat das Wirtschaftsministerium im Jahr 2004 eine Zwischenbilanzierung in Auftrag gegeben. Diese wurde von der Servicestelle HEGISS durchgeführt und erfolgte mittels hierfür erarbeiteter Erhebungsunterlagen (Grundinformationen und Selbstbeschreibungen) und begleitender Workshops.

Die Zwischenbilanz führte insbesondere zu folgenden Erkenntnissen:

1. In der Zwischenbilanz hat sich bestätigt, dass den drohenden Abwärtsentwicklungen der Gebiete entgegengewirkt werden konnte. Bereits nach einer Laufzeit von fünf Jahren kann eine Verbesserung der Gesamtsituation in den Stadtteilen verzeichnet werden.
Die Festlegung abgegrenzter Fördergebiete hat sich bewährt. Die Entscheidung für die Gebietsgrößen wird sinnvoller Weise auf kommunaler Ebene in Abstimmung mit dem Hessischen Wirtschaftsministerium getroffen, wobei die spezifischen sozialräumlichen und städtebaulichen Situationen Berücksichtigung finden.
2. Die in den *Leitlinien zur Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt* formulierten Ziele für die Stadtteilentwicklung gehen deutlich über das hinaus, was mit baulichen Investitionen allein zu erreichen ist.
Daher ist der Ansatz, eine ressortübergreifende Kooperation und eine gebietsbezogene Mittelbündelung zu erreichen, konsequent und weiterhin erforderlich.
Die ressortübergreifende Zusammenarbeit und damit verbunden eine Mehrzielorientierung und Mittelbündelung in den Projekten ist ein vorrangiges Qualitätsziel der Sozialen Stadt.
3. Bereits zu Beginn der **GI** wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe gebildet, um die ressortübergreifende Kooperation auf Landesebene in Gang zu setzen.
Die Praxis hat gezeigt, dass aufgrund der vielfältigen, komplexen Aufgabenstellungen im Bereich der Landesregierung eine Konzentration der insgesamt knappen Haushaltsmittel auf die Standorte der Sozialen Stadt äußerst schwierig ist und bisher nicht in dem gewünschten Maße erreicht wurde.
Um zu verhindern, dass aus der Gemeinschaftsinitiative doch nur ein Ressortprogramm der Städtebauförderung herkömmlichen Zuschnitts wird, müssen besondere Anstrengungen unternommen werden, um insbesondere die Bereiche Bildung, Soziales, Inneres und Wirtschaft/Arbeit verstärkt in die Umsetzung der Zielvorgaben der Gemeinschaftsinitiative für die Standorte einzubinden.
4. Für den Erfolg der **GI** ist das Einwerben weiterer privater Mittel unabdingbar.
Das Interesse der Wohnungsbaugesellschaften an der Stabilisierung der Stadtteile ist aus sozialen und vor allem aus betriebswirtschaftlichen Motiven hoch. Sie engagieren sich durch Bestandsverbesserungen und angepasste Neubebauung und orientieren die Investitionen auch an den Bewohnerbedürfnissen. An einigen Standorten ist die Kooperations- und Investitionsbereitschaft der Wohnungswirtschaft verstärkt einzufordern.

5. Die Kooperation von Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit konnte in allen kreisfreien Förderstandorten bestätigt werden. In kreisangehörigen Städten ist die Kooperation mit den Landkreisverwaltungen insgesamt noch verbesserungsfähig.

Die Komplementärprogramme des Bundes wie „Entwicklung und Chancen“ (E & C) oder „Lokales Kapital für Soziale Zwecke“ (LOS) stellen eine insgesamt positiv aufgenommene Ergänzung zum Programm Soziale Stadt für den Bereich Soziales dar. Problematisch hierbei scheint jedoch die Kürze der Laufzeit, die die Nachhaltigkeit der Maßnahmen beeinträchtigt.

6. Lokale Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen werden unter Einbeziehung der Beschäftigungsträger erfolgreich durchgeführt. Mit den Maßnahmen konnten nur vergleichsweise wenige direkte Erwerbsarbeitsplatzverhältnisse geschaffen werden.

Die Zwischenbilanz macht aber auch deutlich, dass die wirtschaftliche Lage in den Programmgebieten und die Chancen der Bewohner auf dem Arbeitsmarkt durch die Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt in der Regel kaum zu beeinflussen sind. Hier schlagen programmexterne Einwirkungen, nämlich die generelle Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung, auf die Situation in den Quartieren durch.

7. Dagegen zeigt sich, dass das Programm Soziale Stadt die bauliche und städtebauliche Situation in den Quartieren positiv beeinflussen kann. Zum einen rufen die baulichen und freiraumplanerischen Projekte eine positive Motivationswirkung bei den Bewohnern hervor, zum anderen führen die vielfältigen Investitionen im öffentlichen und privaten Bereich zu einer Attraktivitätssteigerung der Standorte.

8. Ebenso gilt dies für die soziale Infrastruktur. Hier sind neben dem Aufbau von zielgruppenspezifischen Beratungs- und Dienstleistungsangeboten insbesondere soziale Einrichtungen, die Angebote für Kinder und Jugendlichen ermöglichen, geschaffen worden.

9. An einigen Standorten sind die Schulen gut in die Umsetzung des Programms eingebunden und können als aktive Kooperationspartner bezeichnet werden. Soweit sie sich als Stadtteilschulen verstehen, öffnen sie ihre Einrichtung für Stadtteilaktivitäten. Hier unterstützt das Programm insbesondere im Bereich der Freiraumgestaltungen, wodurch zahlreiche Nutzungsmöglichkeiten für unterschiedliche Zielgruppen außerhalb der Schulöffnungszeiten entstehen. Die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule ist noch entwicklungsfähig und wird im der 2. Programmphase mehr Aufmerksamkeit erfordern.

10. Mit Hilfe der **GI** ist es gelungen, die allgemeine Stimmungslage in den Gebieten der Sozialen Stadt positiv zu beeinflussen. Die Mitwirkungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger konnte erkennbar verbessert und Selbsthilfepotentiale aktiviert werden. Damit leisten die Bewohner einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der Programmziele. Außerdem ist es gelungen, die Qualität des Zusammenlebens im Gebiet und das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum positiv zu beeinflussen. Solche Effekte werden vor allem dort erfahrbar, wo die betreffenden Probleme besonders relevant sind, wie in den Programmgebieten der größeren Städte.

11. Um eine nachhaltige Wirkung der eingesetzten Fördergelder zu gewährleisten und die durch das Programm ausgelösten positiven Entwicklungen und Zukunftsperspektiven zu sichern, ist es erforderlich, dass die Kommunen vor dem Ausstieg aus dem Programm geeignete Strukturen und Steuerungskonzepte entwickelt haben, die dies auf Dauer ermöglichen.

Handlungskonsequenzen des Landes

Insgesamt wird die bisherige Steuerung und Durchführung der Gemeinschaftsinitiative positiv bewertet.

Die nun vorliegenden Ergebnisse der Zwischenbilanz bieten dem Land die Möglichkeit, die Erfahrungen der ersten Programmphase zu nutzen und in Bereichen, in denen es erforderlich erscheint, gezielt nachzusteuern.

Für die zweite Programmphase ergeben sich danach folgende Handlungskonsequenzen:

Weiterentwicklung der Steuerung der GI auf Landesebene

1. Das Land wird die **GI** als die bedeutende sozialraumorientierte Förderstrategie im Bereich der Stadtentwicklung in den nächsten Jahren fortführen und verstetigen. Es wird die Städte und Gemeinden beim Aufbau von nachhaltigen Strukturen für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf und bei der Erarbeitung und Umsetzung von integrierten Handlungskonzepten weiterhin mit Nachdruck unterstützen.
2. Das Land wird im Hinblick auf die **GI** seine ressortübergreifende Zusammenarbeit weiterentwickeln.
Die Bündelung von Ressourcen kann auf Landesebene durch die Einräumung von Vorrängen in den einschlägigen Programmen sowie durch Harmonisierung von Förderbestimmungen nachhaltig unterstützt werden.
3. Das Land wird zur Unterstützung des integrierten, ressortübergreifenden Ansatzes der **GI** durch Vernetzung der Akteure auf Landesebene eine Lenkungsgruppe bilden, bestehend aus den Trägern der Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt, insbesondere den Vertretern der beteiligten Ressorts, der Kommunen, der Wirtschaft und der Wohnungswirtschaft, der sozialen Träger, der Agentur für Arbeit, der Kammern sowie des zivilgesellschaftlichen Sektors. Die Lenkungsgruppe soll an der Steuerung der **GI** mitwirken.
4. Das Land wird die *Leitlinien zur Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt* aus dem Jahr 2000, die sich im Grundsatz bewährt haben, auf Grund der Ergebnisse der Zwischenbilanz des Landes und der Zwischenevaluierung des Bundes fortschreiben. Dies betrifft insbesondere
 - Verstärkung von Nachhaltigkeits- und Verstetigungsaspekten
 - Verstärkung der Verbindlichkeit der Aufstellung und Umsetzung von integrierten Handlungskonzepten
 - Hinweise zur Einbindung von Standorten in das Netzwerk der **GI** vor Aufnahme und nach Abschluss der Förderung im Programm Soziale Stadt.

In die Fortschreibung der Leitlinien sollen die Träger und Partner der **GI** eingebunden werden.

5. Die **GI** soll sich insbesondere verstärkt mit Fragen der
 - Migration und Integration
 - Jugendhilfe und Schule
 - Beschäftigung und stadtteilnahe Wirtschaftsförderung und
 - Wohnraumversorgungbeschäftigen. Die beteiligten Partner werden aufgefordert, im Kontext der **GI** nach neuen Wegen der Kooperation zu suchen.

Weiterentwicklung der Servicestelle HEGISS

6. Das Land wird mit der Fortführung der Servicestelle HEGISS die Standorte der **GI** beim Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch sowie der Evaluation weiterhin unterstützen. Die Servicestelle HEGISS wird das Verfahren der Selbstbeschreibung und Selbstbewertung für die Standorte der Sozialen Stadt als Instrument der Programmevaluation weiterentwickeln. Mit der Entwicklung eines sozialräumlichen Monitoringsystems in enger Abstimmung mit den beteiligten Ressorts soll die Ausrichtung und Zielerreichung des Programms transparenter werden. Für die weitere Kommunikation zwischen den Standorten untereinander und mit der Servicestelle werden themenbezogene Projektgruppen eingerichtet, in denen Wissen aus der Fachberatung, der Begleitforschung sowie der Praxis vor Ort zusammenfließen und dem gesamten Netzwerk zugänglich gemacht werden soll.

Erwartungen an die Kommunen

7. Die **GI** hat in den Städten und Gemeinden der GI zu neuen Formen der Steuerung und des Stadtteilmanagement sowie zu anerkannten Ansätzen zielorientierten, interdisziplinären Handelns geführt. Trotz dieser deutlichen Erfolge bedarf es weiterer Anstrengungen in den Kommunen, um ein befriedigendes Verhältnis von Konzeptqualität zu Durchführungsqualität zu sichern. Die Steuerungskonzepte einschl. Zuständigkeiten und Aufgaben sollten durch Beschlüsse der Gemeinde mehr Verbindlichkeit erhalten.
8. Das Land erwartet von den Gemeinden ein höheres Maß an Verbindlichkeit bei der Formulierung und Umsetzung von leitbildorientierten Ziel- und Handlungskonzepten. An der Erarbeitung der integrierten Handlungskonzepte sind neben der betroffenen Bevölkerung auch die öffentlichen Aufgabenträger gemäß §171e Abs.5 BauGB, bei kreisangehörigen Gemeinden insbesondere der Landkreis, aber auch andere Behörden und Stellen zu beteiligen.
9. Die Förderung im Programm Soziale Stadt geht von einem Regelförderzeitraum von rd. 10 Jahren aus. Das Land erwartet von den Gemeinden, dass diese rechtzeitig Vorkehrungen für die Zeit nach Abschluss der Förderung treffen, um den Übergang in die Normalphase im Sinne nachhaltiger Strukturen und Ergebnisse abzusichern. Nur so lässt sich ein nachhaltiger Erfolg der **GI** sichern.
10. Das Land erwartet von den Gemeinden in deren eigenem Interesse eine aktive Mitwirkung an der Fortentwicklung und Überprüfung der Qualitätsentwicklung und -sicherung. Hierzu dient die Selbstbeschreibung und -bewertung sowie ein zielgerichtetes Monitoring. Die Gemeinden können hierzu die Unterstützung der Servicestelle HEGISS in Anspruch nehmen.



Hessisches Ministerium für Wirtschaft,
Verkehr und Landesentwicklung



HEGISS [zots'ja:le ftat]

● Bund-Länder-Programm 'Soziale Stadt'

Wiesbaden 01.07.2005



Hessisches Ministerium für Wirtschaft,
Verkehr und Landesentwicklung



Bischofsheim - Am alten Gerauer Weg
Darmstadt - Eberstadt-Süd
Darmstadt - Kranichstein
Dietzenbach - östliches Spessartviertel
Erlensee - Rüdzingen
Eschwege - Heuberg
Frankfurt - Gallusviertel
Frankfurt - Unterliederbach Ost
Fulda - Aschenberg
Gießen - Nordstadt
Hanau - Lamboy
Hanau - südliche Innenstadt
Hattersheim - Südring
Homberg E. - Bahnhofsviertel/Efzeauen
Hünfeld - Tiergartenviertel
Kassel - Nordstadt

Kassel - Oberzwehren
Langen - Nord
Lollar - Kernstadt
Maintal - Bischofsheim/Dörnigheim
Marburg - Richtsberg
Offenbach - östliche Innenstadt
Raunheim - Ringstraße
Rüsselsheim - Dicker Busch II
Schwalmstadt - Siedlung Trutzhain
Seligenstadt - Nord
Spangenberg - Stadtkern
Stadtlendorf - Inseln in der Stadt
Wetzlar - Niedergirmes
Wetzlar - Silhöfer Aue/Westend
Wiesbaden - Biebrich-Südost
Wiesbaden - inneres Westend

Wiesbaden 01.07.2005

HEGISS [zots'ja:le ftat]

Bilder von der Veranstaltung am 01.07.2005



Staatssekretär Abeln bei seinem Einleitungsreferat



Auditorium im Landeshaus

Soziale Stadt in Hessen

Servicestelle

Servicestelle HEGISS



Hessische Gemeinschafts-
initiative Soziale Stadt

hessen » Hier ist die Zukunft

Anlagen



HEGISS

[zots'jale stat]

Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

**„Soziale Stadt“ in Hessen – Fünf Jahre Programm
und wie geht es weiter?**

**Freitag, 1. Juli 2005
13.00 – 16.00 Uhr**

**Wiesbaden
Kaiser-Friedrich-Ring 75
(Plenarsaal)**

Die "Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt – HEGISS" wird in Hessen seit über fünf Jahren erfolgreich durchgeführt. Mittlerweile sind 32 Stadtteile in 26 Kommunen aller Größenordnungen in der Förderung. Durch einen laufenden Erfahrungsaustausch werden die Akteure bei ihren Aufgaben gestützt.

Eine Zwischenbilanz im abgelaufenen Jahr hat verdeutlicht, wo Optimierungsmöglichkeiten für die nächste Programmphase liegen. In einem Dialog zwischen dem federführenden Landesressort und den örtlich verantwortlichen Akteuren aus kommunaler Politik und Verwaltung sowie des privaten und zivilgesellschaftlichen Sektors sollen die Erfahrungen aus 5 Jahren Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt und die Handlungskonsequenzen für die gemeinsame weitere Arbeit erörtert werden.

P r o g r a m m

13.00 Uhr **Anmeldung und Kaffee**

Moderation

Christoph Kulenkampff, *geschäftsführender Vorstand der Schader Stiftung e.V. Darmstadt*

13.30 Uhr **Fünf Jahre Soziale Stadt in Hessen – Erkenntnisse aus der Zwischenbilanz und Perspektiven für die Programmfortführung**

Bernd Abeln, *Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung*

14.00 Uhr **Statements auf dem Podium mit Akteuren aus der Hessischen Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS)**

- zu den inhaltlichen Handlungsfeldern
- zu weiteren Erwartungen an die Programmfortführung

Sicht eines Baudezernenten einer Großstadt

Dieter Wenzel, *Baudezernent Stadt Darmstadt*

Sicht eines Sozialdezernenten einer Sonderstatusstadt

Klaus Breidsprecher, *Bürgermeister Stadt Wetzlar*

Sicht einer Bürgermeisterin einer kreisangehörige Stadt

Dagmar B. Nonn-Adams, *Bürgermeisterin Stadt Seligenstadt*

Sicht eines Vertreters der Wohnungswirtschaft

Thomas Dilger, *Geschäftsführer Nassauische Heimstätte*

Sicht eines Vertreters der Wohlfahrtsverbände

Hartmut Fritz, *Direktor Caritas Frankfurt/M.*

Sicht der Vertreterin eines Stadtteils

Bettina Baums, *Beiratsvorsitzende und Unternehmerin Giessen-Nordstadt*

15.00 Uhr **Zur Weiterentwicklung des Programms Soziale Stadt in Hessen
Diskussion unter den Podiumsteilnehmern und mit dem Publikum**

16.00 Uhr **Ende der Veranstaltung**

Rückfragen an den Veranstalter: HMWVL
Frau Enk, Tel. 0611 / 815-2966
Frau Munsch-Werle, Tel. 0611 / 815-2965

an die beauftragte Servicestelle HEGISS
Herr Dr. Lüken-Isberner, Tel. 069 / 133850-67

Zur inhaltlichen Vorbereitung dienen die „**Kernempfehlungen der Servicestelle HEGISS in Kooperation mit der HEGISS-Begleitforschung für die Fortführung des Programms Soziale Stadt in Hessen**“, vom 25.11.2004, nachzulesen in den HEGISS-Materialien Servicestelle 4, siehe www.hegiss.de: Dokumentation



Presseinformation

Wiesbaden, 01.07.2005

Wirtschaftsstaatssekretär Abeln: „Mehr Lebensqualität in vielen Stadtteilen - Hessens Städte und Gemeinden setzen die Gemeinschaftsinitiative ‚Soziale Stadt‘ erfolgreich um“ - Wirtschaftsministerium zieht Bilanz nach fünf Jahren

„Die von der Landesregierung gestartete Hessische Gemeinschaftsinitiative ‚Soziale Stadt‘ (HEGIS) hat spürbar für mehr Lebensqualität in zahlreichen Stadtteilen in den Städten und Gemeinden in Hessen gesorgt. Die Gemeinschaftsinitiative hat viele Anstöße für neue Ansätze und neue Formen der Stadtpolitik gegeben. Ich bin sehr zufrieden, wie erfolgreich Hessens Städte und Gemeinden diese Gemeinschaftsinitiative umsetzen. Seit ihrer Einführung 1999 haben die Gemeinschaftsinitiative ‚Soziale Stadt‘ sowie das Bund-Länder-Programm ‚Soziale Stadt‘ eine bemerkenswert hohe Aufmerksamkeit und Akzeptanz in der Fachöffentlichkeit und parteiübergreifend in der Politik gefunden“, sagte Wirtschaftsstaatssekretär Bernd Abeln heute im Landeshaus in Wiesbaden, wo das Hessische Wirtschaftsministerium eine Zwischenbilanz für die ersten fünf Jahre nach Einführung der Gemeinschaftsinitiative ‚Soziale Stadt‘ präsentierte.

Die Träger der Hessischen Gemeinschaftsinitiative ‚Soziale Stadt‘ sind neben dem Land vor allem die Kommunen, die örtliche Wirtschaft, insbesondere die Wohnungswirtschaft, die sozialen Träger, die Träger von Beschäftigungsmaßnahmen sowie engagierte Bürger im jeweiligen Stadtteil. 32 Stadtteile in 26 Kommunen aller Größenordnungen erhalten derzeit eine Förderung. In den Programmjahren 1999 bis 2004 wurden im Programm ‚Soziale Stadt‘ Fördermittel in Höhe von 56,8 Mio. Euro aus dem Landeshaushalt bewilligt und damit Projekte mit einem Gesamtvolumen von 85,3 Mio. Euro bezuschusst. Beispielhafte Projekte des Programms Soziale Stadt sind:

1. Hünfeld-Tiergartenviertel:

Errichtung eines Jugendintegrationstreffs zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen im Quartier. Hierzu wurden Fördermittel von 500.000,-Euro bereitgestellt.

2. Offenbach-Östliche Innenstadt:

Neubau einer Kindertagesstätte am Nebengebäude der Mathildenschule zur inhaltlichen Verzahnung von Kinderbetreuung und Schule. Dieses Stadtteil-Bildungszentrum greift die besonderen Bedingungen des Quartiers in neuer Form auf. Zu dieser Maßnahme wurden Fördermittel in Höhe von ca. 1,3 Mio. Euro bewilligt.

.../2

3. Wetzlar-Silhöfer Aue/Westend:

Bisher militärisch genutzte Gebäude wurden durch Modernisierungsmaßnahmen zum neuen sozialen Zentrum des Stadtteils. Für diese Maßnahme wurden Fördermittel in Höhe von ca. 1,2 Mio. Euro bewilligt.

Staatssekretär Abeln erläuterte, die Gemeinschaftsinitiative ‚Soziale Stadt‘ verfolge einen integrierten Ansatz, um Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf zu helfen, sich wieder zu selbständigen, lebensfähigen Stadtteilen mit guter Zukunftsperspektive zu entwickeln. Abeln sagte weiter: „Wir wollen eine nachhaltige Stadterneuerung unterstützen und verknüpfen deshalb soziale, kulturelle, ökonomische und ökologische Handlungsfelder.“

Die Stabilisierung der Stadtteile solle durch gezielte Förderung von außen sowie durch Kooperation der Gemeinden mit den örtlichen Akteuren erreicht werden. Neben dem Aufbau gezielter Unterstützungsstrukturen auf Landes- und insbesondere auf Stadtteilebene sollen die örtlichen Akteure zur Übernahme von Verantwortung für Planung und Durchführung von Vorhaben aktiviert werden, erläuterte der Staatssekretär. „Dies entspricht dem Leitbild des aktivierenden Staates, der in der aktiven Bürgergesellschaft seinen wichtigen Partner findet“, sagte Abeln.

„In der Zwischenbilanz hat sich bestätigt, dass vielerorts einer drohenden Abwärtsentwicklung der jeweiligen Gebiete entgegengewirkt werden konnte. Nach fünf Jahren kann nun eine Verbesserung der Gesamtsituation in den Stadtteilen verzeichnet werden“, stellte Abeln fest. Darüber hinaus zeige sich, dass das Programm Soziale Stadt die bauliche und städtebauliche Situation in den Quartieren positiv beeinflussen könne: „Zum einen rufen die baulichen und Freiraum bezogenen Projekte eine positive Motivationswirkung bei den Bewohnern hervor, zum anderen führen die vielfältigen Investitionen im öffentlichen und privaten Bereich zu einer Attraktivitätssteigerung der Standorte.

Ebenso gilt dies für die soziale Infrastruktur. Hier sind neben dem Aufbau von zielgruppenspezifischen Beratungs- und Dienstleistungsangeboten soziale Einrichtungen geschaffen worden, die Angebote für Kinder, Jugendliche und andere Zielgruppen erst ermöglichen.“

Ferner erklärte Abeln: „Mit Hilfe der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt ist es gelungen, die allgemeine Stimmungslage in den Programmgebieten der Sozialen Stadt positiv zu beeinflussen. Die Mitwirkungsbereitschaft der Bürger konnte deutlich gesteigert und Selbsthilfepotentiale aktiviert werden. Damit leisten die Bewohner einen erheblichen Teil zum Erreichen der Ziele der Gemeinschaftsinitiative.“

Zukünftig soll sich die Gemeinschaftsinitiative verstärkt mit Fragen der Migration und Integration, Jugendhilfe und Schule, Beschäftigung und stadtteilnahe Wirtschaftsförderung sowie Wohnraumversorgung beschäftigen. Abeln rief die beteiligten Partner auf, im Kontext der Gemeinschaftsinitiative nach neuen Wegen der Kooperation zu suchen.

Soziale Stadt in Hessen

Servicestelle

Servicestelle HEGISS



Hessische Gemeinschafts-
initiative Soziale Stadt

hessen » Hier ist die Zukunft

HEGISS-Materialien

HEGISS-Materialien

In der Reihe „**Veranstaltungen**“ sind bisher erschienen:

- | | |
|-------------------|---|
| Veranstaltungen 1 | Lernort Soziale Stadt
HEGISS-Hochschulnetzwerk Städtebau-Planung-Gestaltung.
Dokumentation des Treffens am 26.10.2001 an der Universität Kassel |
| Veranstaltungen 2 | Bewegungsräume für Jugendliche
Dokumentation des 3. Arbeitstreffens am 11. April 2002 im Haus der Volksarbeit in Frankfurt am Main |
| Veranstaltungen 3 | Schule im Stadtteil
Dokumentation des 4. Arbeitstreffens in Kooperation mit der Landesserviceestelle Jugendhilfe/Schule am 27. August 2002 im Haus der Volksarbeit in Frankfurt am Main |
| Veranstaltungen 4 | Steuerungsmodelle und Verwaltungsmodernisierung
Aus dem Stadtteil in die Verwaltung – aus der Verwaltung in den Stadtteil
Dokumentation des 5. Arbeitstreffens am 05. Dezember 2002 im Haus der Volksarbeit in Frankfurt am Main |
| Veranstaltungen 5 | BürgerInnenbeteiligung in benachteiligten Quartieren
Dokumentation des 6. Arbeitstreffens am 20. März 2003 im Haus der Volksarbeit in Frankfurt a.M. |
| Veranstaltungen 6 | Lokale Beschäftigung und Ökonomie in benachteiligten Quartieren
Dokumentation der Fachtagung vom 05. Juni 2003 im Bürgerhaus Gutleut in Frankfurt a. M. und des 7. Arbeitstreffens am 11. September 2003 im Haus der Volksarbeit in Frankfurt a. M. |

In der Reihe „**Begleitforschung**“ sind bisher erschienen:

- | | |
|--------------------|---|
| Begleitforschung 1 | PIA für Dienstleistungen
Produkt-Innovations-Agentur (PIA) für die Entwicklung von Dienstleistungen und Dienstleistungsnetzwerken
Ergänzung zu den Vorschlägen der Hartz-Kommission aus der Sicht der Stadtentwicklung |
| Begleitforschung 2 | Vier Jahre Soziale Stadt in Hessen - Zwischenbilanz |

In der Reihe „**Arbeitshilfen**“ sind bisher erschienen:

- | | |
|-----------------|--|
| Arbeitshilfen 1 | Lokale Ökonomie |
| Arbeitshilfen 2 | Leitfaden Förderprogramme Soziale Stadt |

In der Reihe „**Servicestelle**“ sind bisher erschienen:

Servicestelle 1	Vier Jahre Soziale Stadt in Hessen – Zwischenbilanz
Servicestelle 2	Vier Jahre Soziale Stadt in Hessen – Bilanz Standorte
Servicestelle 3	Fünf Jahre Soziale Stadt in Hessen - Zwischenbilanz - Empfehlungen für die Programmfortführung
Servicestelle 4	Arbeits- und Organisationsstruktur zur Programmfortführung Soziale Stadt in Hessen 2005 ff. (Kernempfehlungen)